

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Uta Zapf, Fritz Rudolf Körper, Rainer Arnold, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/11323 –**

**Keine Modernisierung der US-Nuklearwaffen in Europa und Deutschland –
Abrüstungschancen nicht ungenutzt verstreichen lassen**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Inge Höger, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/11225 –**

Abzug statt Modernisierung der US-Atomwaffen in Deutschland

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der SPD weist darauf hin, dass der Abzug der in Deutschland verbliebenen US-Nuklearwaffen und weitere Initiativen zur nuklearen Abrüstung im Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit unterstützt worden seien. Die Bundesregierung sei bisher ihren selbst gesetzten Zielen zur weltweiten Reduzierung von Atomwaffen nicht gerecht geworden und habe auf dem NATO-Gipfel in Chicago am 31. Mai 2012 dem neuen Strategischen Konzept der Allianz zugestimmt, das keine Reduzierung der Rolle von Nuklearwaffen vorsehe. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich innerhalb der NATO und gegenüber bilateralen Partnern für eine Reihe von Maßnahmen im Bereich der nuklearen Abrüstung einzusetzen.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion DIE LINKE. fordert, dass Deutschland sich wieder verstärkt für eine Welt ohne Atomwaffen einsetzen und dafür auch mit eigenen konkreten abrüstungspolitischen Schritten vorangehen müsse. Die in Chicago von der NATO beschlossene Modernisierung der Tornado-Jagdflugzeuge als Trägersysteme für Atomwaffen sei faktisch eine Neustationierung, die einen Wiedereinstieg in eine atomare Aufrüstungspolitik bedeute und eine klare politische Absage erfordere. Die Bundesregierung wird zu einer Reihe entsprechender Maßnahmen aufgefordert.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11323 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11225 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Keine.

Zu Buchstabe b

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Zu Buchstabe a

Keine.

Zu Buchstabe b

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/11323 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 17/11225 abzulehnen.

Berlin, den 30. Januar 2013

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Roderich Kiesewetter
Berichterstatter

Uta Zapf
Berichterstatterin

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Hans-Christian Ströbele
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Roderich Kiesewetter, Uta Zapf, Dr. Rainer Stinner, Wolfgang Gehrcke und Hans-Christian Ströbele

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/11323** in seiner 204. Sitzung am 8. November 2012 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag auf **Drucksache 17/11323** in seiner 69. Sitzung am 28. November 2012 zur gutachtlichen Mitberatung dem Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/11225** in seiner 204. Sitzung am 8. November 2012 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Rechtsausschuss, dem Verteidigungsausschuss und dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag auf **Drucksache 17/11225** in seiner 69. Sitzung am 28. November 2012 zur gutachtlichen Mitberatung dem Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der SPD weist darauf hin, dass der Abzug der in Deutschland verbliebenen US-Nuklearwaffen und weitere Initiativen zur nuklearen Abrüstung im Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit unterstützt worden seien. Die Bundesregierung sei bisher ihren selbst gesetzten Zielen zur weltweiten Reduzierung von Atomwaffen nicht gerecht geworden und habe auf dem NATO-Gipfel in Chicago am 31. Mai 2012 dem neuen Strategischen Konzept der Allianz zugestimmt, das keine Reduzierung der Rolle von Nuklearwaffen vorsehe. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich innerhalb der NATO und gegenüber bilateralen Partnern für eine Reihe von Maßnahmen im Bereich der nuklearen Abrüstung einzusetzen.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion DIE LINKE. fordert, dass Deutschland sich wieder verstärkt für eine Welt ohne Atomwaffen einsetzen und dafür auch mit eigenen konkreten abrüstungspolitischen Schritten vorangehen müsse. Die in Chicago von der NATO beschlossene Modernisierung der Tornado-Jagdflugzeuge als Trägersysteme für Atomwaffen sei faktisch eine Neustationierung, die einen Wiedereinstieg in eine atomare Aufrüstungspolitik bedeute und eine klare politische Absage erfordere. Die Bundesregierung wird zu einer Reihe entsprechender Maßnahmen aufgefordert.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11323 in seiner 132. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“** hat den Antrag auf Drucksache 17/11323 in seiner 48. Sitzung am 30. Januar 2013 gutachtlich beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11225 in seiner 114. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11225 in seiner 132. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/11225 in seiner 76. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“** hat den Antrag auf Drucksache 17/11225 in seiner 28. Sitzung am 30. Januar 2013 gutachtlich beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11323 in seiner 73. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11225 in seiner 73. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 30. Januar 2013

Roderich Kiesewetter
Berichtersteller

Uta Zapf
Berichterstellerin

Dr. Rainer Stinner
Berichtersteller

Wolfgang Gehrcke
Berichtersteller

Hans-Christian Ströbele
Berichtersteller

